



Apropos Europa von Frank Baasner

Die Inzidenz sinkt kontinuierlich, die Anspannung lässt langsam nach, die Freude auf den Sommer wächst, bei den Reiseweltmeistern aus Deutschland genauso wie in den klassischen Urlaubsländern, die besonders stark gelitten haben.

Gleichzeitig richtet sich die Aufmerksamkeit angesichts bevorstehender Wahlen zunehmend auf die großen Themen, die in den Hintergrund gerückt waren. Wahlen stehen nicht nur in Deutschland an, auch Frankreich wählt im Juni regional und bereitet sich schon heute auf die Präsidentschaftswahl im Mai 2022 vor.

Bei all diesen Wahlen wird die Bewältigung der Coronakrise eine entscheidende Rolle spielen. Wie stark wirken die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen

Folgen nach? Wie wird der ambitionierte Aufbaufonds „Next Generation EU“ konkret umgesetzt, was kommt bei der Bevölkerung an? Wie immer bei Wahlen wird viel versprochen, die Parteien in Deutschland wie in Frankreich überbieten sich mit ehrgeizigen Zielen in der Klimapolitik.

Die massiven staatlichen Hilfsprogramme und Garantien, und damit die steigende Verschuldung der EU-Mitgliedstaaten, scheinen momentan die beste Möglichkeit, um die wirtschaftlichen Folgen der Krise einzudämmen und sozial abzufedern. Mit dem EU-Aufbauplan ist zudem die Chance gegeben, europäische Solidarität zu zeigen und gleichzeitig die Modernisierung bei Klimaschutz, Digitalisierung und Innovation zu beschleunigen. Wahlkämpfe eig-

nen sich wenig für Grundsatzdebatten. Das ist bedauerlich, denn am Ausgang aus der Coronakrise stellen sich einige prinzipielle Fragen, die wir gemeinsam in der EU diskutieren müssen. Noch nie gab es derart weitgehende staatliche Eingriffe in individuelle Freiheitsrechte. Niemals haben die Mitgliedstaaten und die EU als Ganzes mit solch immensen Summen (letztlich alles Steuergelder) in die Marktmechanismen eingegriffen. Und wohl noch nie sind uns die Abhängigkeiten von global organisierten Lieferketten so deutlich vor Augen getreten wie in den vergangenen 18 Monaten. Im Rückblick stellt sich somit die große Frage des Verhältnisses von öffentlicher Hand (Staat) und Markt neu. Wie viel Selbstversorgung in den wesentlichen Gütern

sollen die europäischen Mitgliedstaaten vorhalten? Dürfen wir das Gesundheitssystem nach Marktkriterien betrachten oder sollen wir es, wie in Frankreich, als noble Aufgabe des Staates ansehen (die PCR-Tests sind in Frankreich bis heute völlig gratis, auch ohne Symptome und auch für Ausländer)? Wie stark sollen die Einzelstaaten und die EU als Wirtschaftsakteure auftreten und wie kommen sie aus dem finanziell oft entscheidenden Engagement in privaten Unternehmen (zum Beispiel in der Luftfahrtbranche) wieder heraus?

Die Frage der europäischen Souveränität stellt sich auch gegenüber den anderen großen Wirtschaftsblöcken. Besteuerung der Internet-Konzerne, Schutz des geistigen Eigentums, fairer

Zugang zu Märkten – die Liste der weiterhin nicht ausreichend gelösten Probleme ist lang. Und wenn man diese Grundsatzdiskussion führen und die Regeln der (sozialen) Marktwirtschaft überprüfen will, sollten auch die Fragen des Klimaschutzes eine erhebliche Rolle spielen.

Wenn die Europäer aus Corona etwas lernen wollen, dann müssen wir uns diesen Fragen stellen. Ein „weiter so“ sollte es nicht geben, und viele scheinbar unumstößliche Gewissheiten müssen auf den Prüfstand. Es ist aber zu befürchten, dass in Wahlkampfzeiten eine ernste und tiefgehende Diskussion nicht möglich ist. Bitter nötig ist sie trotzdem.

IHRE MEINUNG? Schreiben Sie unserem Kolumnisten: leserbriefe@lkz.de